



Medienmitteilung

Zürich, 3. Dezember 2021

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 6. Dezember 2021

Fokusthema: **Sicherheit**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag zu Beginn der Sitzung die Schlussabstimmung zum GUöfK und eine geheime Gerichtspräsidiumswahl durchführen. Nach drei Vorlagen im schriftlichen Verfahren und sechs Einzelinitiativen, die im Eilzugstempo behandelt werden dürften, folgen verschiedene Geschäfte, welche die Sicherheitsdirektion betreffen. Dabei geht es unter anderem um die Nationalität von Polizisten, Grundlagen für die Sozialhilfe, Kontrollen des Schwerverkehrs und eine einheitliche Führung der Polizei in ausserordentlichen Lagen.

Schlussabstimmung zu Ausfallentschädigungen für öffentliche Kitas

Erst letzte Woche hat der Kantonsrat ohne Gegenantrag entschieden, dass auch den öffentlich-rechtlichen Kitas (wie den privaten) die Ausfälle entschädigt werden sollen, die in der Zeit der ersten Welle der Corona-Pandemie entstanden sind ([5762](#)). In der zweiten Lesung geht es am Montag nur noch um formelle Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO), die entsprechend unumstritten sein dürften, bevor in der Schlussabstimmung abschliessend über das «Gesetz über die finanzielle Unterstützung der öffentlich-rechtlichen institutionellen familienergänzenden Kinderbetreuung aufgrund der Coronapandemie» (GUöfK) beschlossen werden kann. Stimmt der Kantonsrat dem Gesetz zu, könnte es bereits am kommenden 13. Dezember 2021 dringlich in Kraft treten. Dazu braucht es allerdings die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit.

REDKO-Präsidentin: Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 076 488 28 55

Einzelinitiativen zu Justiz, Verkehr und zur Präambel der Bundesverfassung

Normalerweise zu keinen langen Debatten führt die Behandlung von Einzelinitiativen (EI), also Initiativen, die von Privatpersonen eingereicht werden. Im Rat geht es vorerst nur darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen. Anschliessend entscheidet der Rat auf Antrag der zuständigen Kommission definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Von den sechs am Montag traktandierten EI stammen drei aus der Feder eines Bürgers aus Dietikon. Er fordert von der Staats- und Jugendanwaltschaft raschere Vernichtung der Akten nach Abschluss eines Verfahrens ([KR-Nr. 274/2021](#)), mittels Standesinitiative eine Änderung des Strafgesetzes auf Bundesebene, die schikanöse Strafanzeigen verunmöglichen soll, ([KR-Nr. 307/2021](#)) sowie die Volkswahl von Richterinnen und Richtern ([KR-Nr. 347/2021](#)). Ein Bürger aus Kloten fordert in zwei verschiedenen Varianten eine Verlängerung der Glattalbahn via Bahnhof Kloten nach Bassersdorf ([KR-Nr. 293/2021](#) und [KR-Nr. 294/2021](#)). Und ein Bürger aus Uster will mittels Standesinitiative

erreichen, dass die Präambel der Bundesverfassung keinen religiösen Bezug mehr aufweist ([KR-Nr. 333/2021](#)).

Schweizer Bürgerrecht für Polizistinnen und Polizisten ab Beginn der Ausbildung

Das Polizeiorganisationsgesetz soll neu festhalten, dass die Angehörigen der Polizei ab Beginn der Ausbildung über das Schweizer Bürgerrecht verfügen müssen. Dies fordert SVP-Kantonsrätin Nina Fehr Düsel mit einer parlamentarischen Initiative (PI), die von FDP und EVP mitunterzeichnet wurde ([KR-Nr. 390/2020](#)). Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 5 Stimmen, der PI in geänderter Form zuzustimmen. Die Kommissionsmehrheit ist der Ansicht, das Schweizer Bürgerrecht sei für die Ausübung von Staatsgewalt eine Grundvoraussetzung. Polizeiangehörige aller Polizeikorps sollen somit wie Staatsanwältinnen und Richter über das Schweizer Bürgerrecht verfügen, und zwar bereits ab Beginn der Ausbildung. Die Einbürgerung vor Ausbildungsantritt sei für die Bewerberinnen und Bewerber zumutbar. Dies entspricht auch der Haltung des Regierungsrates. Eine Minderheit (SP, GLP, Grüne und AL) lehnt sowohl die ursprüngliche als auch die geänderte parlamentarische Initiative ab. Sie erkennt keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf. Eine weitere Minderheit (AL) hält im Sinne eines Eventualantrags an der ursprünglichen PI fest, da diese im Gegensatz zur geänderten Formulierung immerhin ermögliche, ohne Schweizer Bürgerrecht eine Polizeilaufbahn zu beginnen.

KJS-Präsident: Tobias Mani (EVP, Wädenswil), 079 619 56 53

Minderheit Ablehnung: Florian Heer (Grüne, Winterthur), 078 912 13 41

Minderheit Eventualantrag: Anne-Claude Hensch Frei (AL, Zürich), 077 252 06 10

Vorstösse zu Sozialhilfe-Grundlagen, Schwerverkehrskontrollen und Polizei-Führung

Nach der Debatte über die Staatsangehörigkeit von Polizisten wird der Rat verschiedene Vorstösse behandeln, welche weitere Sicherheitsthemen betreffen. Mit einer Motion verlangt SP-Kantonsrätin Esther Straub, unterstützt von GLP, Grünen, EVP und AL, die Ausrichtung von wirtschaftlicher und persönlicher Sozialhilfe so zu organisieren, dass für die operative Fallführung zwischen einer politischen Sozialbehörde und einem fachspezifischen Sozialdienst unterschieden wird ([KR-Nr. 376/2020](#)). Der Regierungsrat hatte sich bereit erklärt, die Motion entgegenzunehmen. Weil die SVP Ablehnung beantragt hat, wird der Kantonsrat nach einer Debatte über die Überweisung des Vorstosses entscheiden müssen. Vom Regierungsrat zur Ablehnung beantragt wird indes ein Postulat von Edith Häusler. Die Kantonsrätin der Grünen bittet mit Unterstützung der GLP den Regierungsrat um eine Stellungnahme, weshalb der Kanton Zürich bei den Schwerverkehrskontrollen die tiefste Kontrolldichte aufweist ([KR-Nr. 460/2020](#)). Und SVP-Kantonsrat Daniel Wäfler will, unterstützt von EVP und EDU, dass die Kantonspolizei in ausserordentlichen Lagen und bei Grossereignissen die zentrale Führung der verfügbaren Polizeikräfte übernimmt ([KR-Nr. 235/2021](#)). Der Regierungsrat hatte sich bereit erklärt, dieses Postulat entgegenzunehmen. Weil die Grünen Ablehnung beantragt haben, wird der Kantonsrat nach einer Debatte über die Überweisung entscheiden müssen.

Esther Straub (SP, Zürich), 078 609 81 81

Edith Häusler-Michel (Grüne, Kilchberg), 079 483 74 63

Daniel Wäfler (SVP, Gossau), 079 678 34 60

Schriftliche Verfahren:

Voraussichtlich diskussionslos behandelt werden am Montag ...

- die Abrechnung des Objektkredits von rund 26 Millionen Franken für den Bau eines Schwemmholtzrückhaltes an der Sihl oberhalb von Langnau a. A. ([5149](#)).
- ein Nachtragskredit in den Leistungsgruppen 5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr und 9300 Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) und ein Zusatzkredit von 188,7 Millionen Franken zum Rahmenkredit des ZVV für die Fahrplanperiode 2020/2021 für die Deckung der pandemiebedingten Einnahmehausfälle ([5557](#)).
- die parlamentarische Initiative betreffend «Sozialdetektive sollen neu auf GPS-Tracker zurückgreifen dürfen» von SVP-Kantonsrat Claudio Schmid ([KR-Nr 368/2018](#)).

Personelles:

Unmittelbar nach der Schlussabstimmung zum GUöfK wird der Kantonsrat am Montagmorgen eine neue Präsidentin oder einen neuen Präsidenten für das Steuerrekursgericht wählen ([KR-Nr. 406/2021](#)). Während die Wahlvorschläge der Interfraktionellen Konferenz (IFK) häufig unumstritten sind, ist bei diesem Geschäft kein einstimmiger Wahlvorschlag zustande gekommen.

IFK-Präsident: Markus Bischoff (AL, Zürich), 079 211 81 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Benno Scherrer, Kantonsratspräsident, 077 445 44 49

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12